

Breslauer Zeitung.



Zeitung.

Biwöchiger Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Infektionsgebühr für den Raum einer fünfstelligen Zeile in Beiträgen 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Inhalte Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 522. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 7. November 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten

Paris, 6. November. Die „France“theilt mit, daß ein Schreiben des Kaisers an die Souveräne ergehen werde zu dem Zweck, ihnen den Plan zu einem Congrèse zu unterbreiten. Ein europäischer Congrèse sei so gut als schon herzurufen. In wenig Tagen werde man wissen, ob die Berufung angenommen oder zurückgewiesen werde.

Madrid, 4. November. Die Königin hat heute in der Abgeordnetenkammer die Session der Cortes eröffnet. Der die auswärtigen Beziehungen betreffende Pausus der Thronrede lautet: „Unsere Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind friedlich und freundschaftlich. Es ist mein Bestreben, die nationale Ehre immer unversehrt aufrecht zu erhalten und die Rechte und Interessen der Spanier zu schützen.“

Preußen.

Berlin, 6. Nov. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergräßt geruht: Dem Seconde-Lieutenant mit dem Charakter als Premier-Lieutenant Ruppin, à la suite der Garde-Invaliden-Compagnie, den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Kreisgerichtsboten Johann Gottlieb Bley zu Berlin das allgemeine Ehrenzeichen und dem Universitäts-Registratur-Assistenten Johann Ferdinand Schmidt zu Königsberg i. Pr. die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; ferner den bisherigen Dirigenten des Wilhelms-Gymnasiums in Berlin, Professor Dr. Kübler, zum Director derselben Anstalt zu ernennen. (St.-Anz.)

[Bei Sr. Maj. dem Könige] fand gestern ein Diner statt, zu welchem der Fürst Rohan, Fürst Radziwill, der Ministerpräsident von Bismarck, der Hausminister Fehr. v. Schleinitz, der russische Gesandte in München, v. Ozeroff, der Oberh-Kämmerer Graf v. Redern und einige höhere Offiziere Einladung erhalten hatten. — Heut um 3 Uhr trafen Se. Maj. der König wiederum von Babelsberg hier ein und nahmen den Vortrag des königl. Haussministers Fehr. v. Schleinitz entgegen.

[Se. Maj. der König] hat die Einladung zu einem Diner angenommen, welches der Staatsminister a. D. v. d. Heydt am Sonnabend Mittag auf seiner Villa am Kanal geben wird. In Folge davon haben die ebenfalls eingeladenen sämtlichen Spiken der höchsten Behörden und der Diplomatie bei ihrem Erscheinen Uniform anzulegen. Die heute ausgegebenen Einladungen enthalten einen dem entsprechenden Zusatz und erregen ein gewisses Aufsehen. Bei der derzeitigen politischen Sachlage und da die Majestäten innerhalb der Residenz Festlichkeiten von Privaten selten zu besuchen pflegen, ist man geneigt, in der Annahme der ergangenen Einladung durch den König eine bedeutungsvolle Auszeichnung zu erkennen. Wir unterschätzen die Auszeichnung nicht, glauben aber, daß besondere Schlüsse aus derselben jedenfalls verfrüht sind, obwohl ihnen das Gericht, der Finanzminister v. Bodenföhring werde das ihm vorbehaltene Oberpräsidium von Westfalen schon bald antreten, eine gewisse Stütze verleiht. Zwischen den übrigen gegenwärtigen Räthen der Krone und Herrn v. d. Heydt bestehen noch eine Reihe principieller Differenzen und von einem vollständigen Ministerwechsel sind wir heute so weit entfernt, wie jemals. (B. B. 3.)

[Gründung des Landtages.] Se. Majestät der König eröffnet am Montag Mittags im weißen Saale des hiesigen Schlosses in Person die beiden Häuser des Landtages. Der Entwurf der bisherigen Thronrede hat deshalb eine andere Fassung erhalten müssen, und es fand dieserhalb heute Vormittags 11 Uhr im Hotel des Staatsministeriums ein mehrstündiger Ministerrat statt.

[Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus.] Die „B. u. H.-B.-Z.“ schreibt: Alles deutet darauf hin, daß die Regierung geneigt ist, eine Vermittlung einzutreten, um so viel an ihr ist, durch einige Zugeständnisse den Frieden mit der Landesvertretung herzustellen. Dafür spricht auch der, wie es scheint, jetzt feststehende Entschluß Sr. Maj. des Königs, die beiden Häuser des Landtags in allerhöchster Person zu eröffnen. In derselben Richtung glauben wir auf einen Artikel aufmerksam machen zu müssen, der sich in der „Spenerischen Zeitung“ als inspirirt einführt. Diese Zeitung schreibt:

Aus guter Quelle verlautet, daß eine sehr einflußreiche Persönlichkeit eifrig bemüht sein soll, Wege zur Ausgleichung des Conflictes zwischen unserer Regierung und dem Abgeordnetenhaus anzubahnen. Es soll dabei vornehmlich der Vorschlag in Erwägung kommen, von beiden Seiten Kommissarien zu ernennen, um über die Mittel zu einer Verständigung in Berathung zu treten. Man will wissen, daß mit Rücksicht hierauf die Thronrede in verhältnißiger Weise den Vertretern des Landes entgegenkommen werde. Dassche soll es sein, daß an geeigneter Stelle der Vorschlag gemacht werden, die Volksvertretung solle unter Bewahrung ihrer verfassungsmäßigen Rechte, die doch einmal in das Leben getreten, nach der Überzeugung der Regierung durchaus nothwendige Reorganisation der Armee gut heißen, wogegen die Regierung mit gewissen Concessions entgegenkommen werde. Man spricht dabei von einer bedeutenden Kosten-Ersparung durch ausgedehnte Beurlaubung und allmäßliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren, nach weiterer Ausbildung der militärischen Vorbereitungen durch Turn- und Schießübungen. Außerdem soll die Vorlegung einer neuen Kreis-Ordnung, eines Unterrichtsgesetzes und eines umgearbeiteten Gesetzes über die Civil-Ehe in Aussicht sein.

Dass eine Verständigung allseitig gewünscht wird und zumal bei der drohenden äußern Lage gewünscht werden muß, liegt auf der Hand. Nur fürchten wir, — fügt die „B. u. H.-B.-Z.“ hinzu — daß der Weg, zu ihr zu gelangen, nicht mehr leicht zu finden sein dürfte, nachdem die inneren Verwicklungen sich so gehäuft haben, daß durch die Schlüttung der Differenzen in der Militärfrage allein, selbst wenn sie gelänge, nur ein Theil der vorhandenen Schwierigkeiten beseitigt sein würde.

[Dementi.] Die von der „Berl. Börs. Ztg.“ verbreitete Nachricht, nach welcher der Abgeordnete Freiherr v. d. Heydt sich mit Vermittlungsvorwerken in der Militärfrage beschäftigen soll, entbehrt, wie die „Nordd. A. Z.“ vernimmt, jeglicher Beglaubigung.

[Der Oberkirchenrath.] Die „Nordd. A. Ztg.“ schreibt: „Über die Wiederbefreiung des durch den Tod des Wirkl. Geh. Rath. von Uechtrig erledigten Präsidiums des evangel. Oberkirchenraths schwelen seit einiger Zeit Verhandlungen, welche jedoch zu einem definitiven Abschluß noch nicht gekommen sind. Für die geschäftliche Leitung des Oberkirchenrath ist deshalb eine interimsistische Anordnung dahin getroffen worden, daß dieselbe vorbehältlich der Ernennung eines eigenen Präsidenten dem Herrn Cultusminister von Mühlner mit übertragen worden ist, jedoch unter Modalitäten, durch welche auch während dieses Interimsistums die bisherige Organisation und Selbstständigkeit der kirchlichen Behörde vollständig gewahrt ist. Die einst-

wellige Anordnung hat vornehmlich den Zweck, auch in dem jetzigen Zwischenzustande das geschäftliche Zusammenwirken des Oberkirchenrath mit dem Cultusministerium in denselben Angelegenheiten, in welchen dafselbe durch die bestehende Organisation vorgeschrieben ist, zu erleichtern.“

[Oberbürgermeister Ziegler.] Dem Vernehmen nach hat sich jetzt auch der ehemalige Oberbürgermeister Ziegler für die Annahme eines Mandats unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß für die auf den 16. d. M. anberaumte Nachwahl im hiesigen ersten Wahlbezirke seine Candidatur eine einen Erfolg versprechende Unterstützung findet. „Jedenfalls“ — schreibt ein berliner Correspondent der „Magd. Ztg.“ — wird von den Anhängern der entschieden Fortschrittspartei Ziegler aufgestellt werden und im Falle seiner Wahl würden im jetzigen Abgeordnetenhaus beinahe alle Grünen von 1848 und 49 wieder vereinigt sein. Auch die drei in der Wahl unterlegenen Mitglieder der Fortschrittspartei des vorigen Abgeordnetenhauses: Maibauer, Siemens und Krieger, werden genannt und hier als Candidaten aufgestellt werden; der erste und der letzte möchten die meisten Chancen haben, wogegen die Altliberalen, weil sie bei der Hauptwahl durch alle drei Wahlgänge auf Saucken-Julienfelde festgehalten und sich bis auf Letzte und einige andere der Majoritätentscheidung nicht gefügt haben, nicht die geringste Hoffnung haben, einen ihrer Candidaten durchzubringen.“

[Heinrich v. Gagern.] Aus Frankfurt a. M. schreibt man der „A. Z.“: Man spricht in diplomatischen Kreisen davon, daß Heinrich v. Gagern einen diplomatischen Posten erhalten solle und ihn annehmen werde. (Der frühere Präsident des frankfurter Parlaments hat sich in der letzten Zeit als eifriges Mitglied des großdeutschen Reformvereins gezeigt und bei der neulichen Generalversammlung desselben unter An- dem das Hoch auf den Kaiser von Österreich ausgetragen.)

[In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung] erfolgte eine Verstärkung von Seiten des Magistrats. Derselbe teilte schriftlich mit: wenn er bei Gelegenheit der Nichtbestätigung des Rentiers v. Holzendorf zum unbesoldeten Stadtrath die Stadtverordneten ersucht habe, fortan mit der Erklärung der Gewählten über die Annahme der Wahl zugleich deren curriculum vitae einzureichen, so sei das auf seine, des Magistrats, eigene Veranlassung geschehen, nicht aber auf Anordnung der königl. Regierung zu Potsdam, wie in der vorigen Sitzung der Stadtverordneten irrtig angenommen worden. Die Stadtverordneten-Opposition, welche die Einreichung des geforderten curriculum vitae bekanntlich ablehnte, richtet sich also nicht gegen die königl. Regierung, sondern gegen den Magistrat.

[Die lithographirten Correspondenzen.] Wir haben neulich mitgetheilt, daß es im Werke sei, die bisher cautiousfrei gebliebenen lithographirten Correspondenzen zur Caution heranzuziehen. Das nachfolgende an den Herausgeber einer hiesigen Correspondenz gerichtete Rescript gibt nähere Auskunft über die in dieser Hinsicht obwaltenden Absichten:

Die Frage, ob die sogenannten lithographirten Zeitungs-Correspondenzen nach § 14, 55 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 als selbstständige, zur Veröffentlichung gelanglebige periodische Druckschriften anzusehen seien oder nicht, ist bisher von den Gerichten verschieden aufgefaßt und zur Entscheidung des höchsten Gerichtshofes noch nicht gebracht worden.

Das Polizei-Präsidium hat gleichwie der Staats-Anwalt die erstgedachte Ansicht vertreten, von deren praktischer Durchführung jedoch, seit dem in der Unterfuchungssache wider Freies ergangenen Erkenntniß, Abstand genommen.

Bei der erheblichen Bedeutung dieser Frage kann es jedoch nicht umhin, auf deren Entscheidung zurückzukommen und mit der königl. Staatsanwaltschaft dahin sich in Verbindung zu setzen, daß dieselbe von Neuem an die Gerichte und zwar durch alle Instanzen gebracht werde.

Mit Rücksicht auf die in letzter Zeit geübte Braxis will es jedoch vorher die Herausgeber solcher Correspondenzen und somit auch Ew. Wohlgeboren von diesem Schritt in Kenntniß sezen und erft, wenn binnen 14 Tagen, vom Empfang dieses Schreibens an gerechnet, eine Erfüllung der gesetzlichen Erfordernisse nicht eingetreten sein sollte, an die k. Staatsanwaltschaft mit Bezug auf die Strafbestimmungen der §§ 39—42 des Preßgesetzes v. 12. Mai 1851 sich wenden. Bemerkt wird, daß, wenn die gedachten Correspondenzen als lebensfähig, ihrem Inhalte nach selbstredend politische Zeitschriften aufgefaßt werden, erforderlich ist: 1) einen nach § 22 des Preßges. qualifizierten verantwortlichen Redakteur, einen als Buchhändler oder als Zeitungsverkäufer concessionirten Verleger, einen concessionirten Drucker zu bestellen und auf jeder Nummer zu benennen (§ 24 a. a. D.); 2) bei Beginn der Versendung oder Austheilung ein mit der Ueberdruck des Redakteurs versehene Exemplar bei dem Polizei-Präsidium zu hinterlegen (§ 5 a. a. D.); 3) eine Caution in Gemäßheit der §§ 11—13 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 und des Gesetzes vom 21. Mai 1860 zu bestellen, welche bei der Polizei-Hauptkasse in Höhe von 5000 resp. 2500 Thlr. zu hinterlegen ist. Den 27. Oktbr. 1863. Königl. Polizei-Präsidium. 1. Abth. (gez.) Lüdemann.

[Vom Bundestage.] Wie man uns aus Frankfurt mittheilt, ist die Beschwerde des in Zürich lebenden Dr. Schwarzenberg aus Kassel „wegen Justizverweigerung“ in der gestrigen Bundestagsitzung zurückgewiesen worden. Der bezügliche Bericht der Reklamationscommission (Berichterstatter Geheimer Rath Mohl) erkennt an, daß der Beschwerdeführer materiell recht habe, eine Justizverweigerung liege aber nicht vor. In derselben Sitzung ist von Weimar ein Gefuch um Verlängerung der 1867 ablaufenden Nachdrucks-Privilegien für die Werke von Goethe, Schiller, Herder und Wieland um weitere 10 Jahre eingereicht worden. Man glaubt nicht, daß die Bundesversammlung auf dieses Gefuch eingehen werde.

[Aus der Zollkonferenz.] Wie verschiedenen Blättern von hier mitgetheilt wird, soll die Instruktion der nassauischen Bevollmächtigten zur Zollkonferenz, Finanzdirektor von Heimskerk und Domänenrath Schellenberg, dahin gehen, den Handelsvertrag mit Frankreich zu genehmigen, wenn letzteres in eine Änderung des Art. 31 des Vertrages zu Gunsten Österreichs einwilligt. Auch soll der Zoll von Wein und Traubenmost, welchen Preußen auf 4 Thlr. herabsetzen will, für Österreich nur 2 Thlr. betragen.

[Frau Roloff.] Das Uhlstädt'sche Sonntagsblatt berichtet über die ferneren Schritte der Frau Roloff in Halberstadt. Nachdem man ihr durch das bekannte Verbot an die Soldaten ihren Gewinn entzogen und da in den bürgerlichen Kreisen von Halberstadt sich keine Gesellschaft fand, welche beschlossen hätte, durch ihren Besuch sie schadlos zu halten, so sah sie sich nach einem arden Erwerbszweige um, und meinte, an der Klostrappe, die seit der dort mündenden neuen Eisenbahn außerordentlich stark befchafft ist, durch Errichtung einer Bude mit Lebensmitteln ihre Rechnung zu finden. Da war aber wegen des Grundes und Bodens erst die Zustimmung der Forstbehörde einzuholen und die wurde veragt. Dann warf sie die Augen auf einen Platz, den ein Herr Bon dem Buße zu vergeben hatte — veragt. Endlich trat ihr ein Ackerbesitzer ein geeignetes Stück Feld mitschweife ab, und nun ward ihr vom Landrat des Kreises eröffnet: es sei kein Bedürfnis vorhanden; das vorhandene werde durch die Einwohner des (vor der Klostrappe gelegenen) Dorfes Thale befriedigt. Damit war der Sommer vergangen. Die brave Frau ist gebeugt, aber sie verzagt nicht.

[Die Discounterhöhung.] Von verschiedenen Seiten hier eingetroffene telegraphische Nachrichten lassen kaum einen Zweifel darüber, daß eine Erhöhung des Discontosatzes auf 6% auch in Paris heute noch erfolgen werde.

[Die Vereine und die Polizei.] Die „Nat.-Ztg.“ berichtet: „In der vorgestrigen Versammlung eines hiesigen Bezirks-Vereins wurde dem Vorstande vor Eröffnung der Sitzung von dem anwesenden Polizeibeamten angezeigt, daß nach einer ihm ertheilten Weisung der Schluss um 10 Uhr Abends erfolgen müsse.“ — Die „Volkszeitung“ fügt hinzu, daß in einer demokratischen Bezirks-Versammlung von Alt-Köln sich vorgestern der beaufsichtigende Wachtmeister habe mit an den Vorstandstisch setzen wollen, während er doch an einen besonderen Seitenstisch gehöre, und daß deshalb auf den Antrag des Stadtverordneten Devereux die Versammlung aufgehoben worden sei.

[Haussuchung nach Photographien.] Die „Zeidl. Cort.“ schreibt: Die Polizei ist am Dienstag gegen die Verbreiter der in unserer letzten Mittheilung erwähnten Caricaturen eingeschritten und hat bei dem Photographen Linde (in der Leipzigerstraße) Haussuchung gehalten und auch eine Anzahl Exemplare in Besitz genommen. Wie wir hören, hat der Photograph den Verlag und Verkauf eingestanden und der verfügten Verhaftung sich nur durch die Gestellung von 200 Thaler Caution entzogen.

[Arge Freiheit] haben in der Sonntag Nacht, wie die „Kreuz-Zeitung“ meldet, in einem Lokal auf dem Wedding stattgefunden und mehrere Polizeibeamten bei denselben nicht unerhebliche Beschädigungen davongebracht.

[Verbot.] Durch Verfügung der königlichen Regierung ist dem Verleger des „Kreisblattes für den Kreis Wanzeleben“ untersagt worden, ferner diesen Titel für sein Blatt zu führen. Dasselbe wurde in Egeln herausgegeben und wird, wie der Verleger bekannt macht, von nun an den Titel führen: „Wochenblatt für Egeln und Umkreis.“

[Gumbinnen, 6. Nov. [Verwarnung.] Der Verleger der „Pr.-Litth. Z.“ hat folgende Verwarnung erhalten:

„Die Haltung der in Ihrem Verlage erliegenden „Preußisch-Litthauischen Zeitung“ hat sich in neuester Zeit wiederum und wiederholt als eine die öffentliche Wohlfahrt gefährdende gezeigt. In Nr. 257 wird in dem, Gumbinnen, 1. November, datirten Artikel, der diejenigen Beamten, welche oppositionell gewählt haben, als die wirklich und wahrhaft königstreuen bezeichnet, die Treue gegen Se. Majestät den König untergraben. Der in Nr. 285 abgedruckte, aus Berlin, 2. November datirte, mit der Cifre B. C. versehene Artikel enthält eine verdeckte Andrehung der Revolution und beweist, den öffentlichen Frieden durch Unfreizügung gegen die ministeriellen und Hofkreise zu gefährden. Bevor ich das Verfahren wegen des Verbots Ihrer Zeitung einleite, will ich es noch einmal mit einer Verwarnung versuchen, die ich Ew. Wohlgeboren hiermit auf Grund der Verordnung vom 1. Juni 1863 ertheile. Gumbinnen, den 4. November 1863. Der Regierung-Präsident Maurach.“

[Elberfeld, 5. November. [Neuwahl.] Die königliche Regierung zu Düsseldorf hat durch Verfügung vom 2. d. M. angeordnet, daß die Neuwahl zur Wahl eines Abgeordneten an Stelle des ablehnenden Herrn Schulze-Delitzsch am Donnerstag den 12. November Morgens 9 Uhr hier selbst stattfinden soll.

[Aus dem Kreise Hagen, 3. Nov. [Mangel an Theilnahme.] Das „Kreisblatt“ schreibt: Als ein Beweis, wie wenig rege manchmal die Beteiligung bei den öffentlichen und Gemeindeangelegenheiten des Kreises ist, verdient erwähnt zu werden, daß heute zur Wahl von fünf Abgeordneten und fünf Stellvertretern, zur Einschätzung der Gewerbesteuern für Kaufleute für den ganzen Kreis Hagen (mit Ausnahme von Stadt Hagen, Schwelm und Herdecke) nur eine einzige Wähler im Termine erschienen war, der somit die ganze Verantwortung für eine gerechte Einschätzung durch die Wahl von zehn Personen auf sich nehmen mußte.

[Posen, 6. Nov. [Zeughaft.] Die „Ostd. Z.“ schreibt: Gegen Herrn Schiewek, der seit dem 13. August d. J. in Stellvertretung als verantwortlicher Redakteur unserer Zeitung zeichnet, ist die Zwangshaft verfügt worden, weil er als Zeuge den Verfasser eines Artikels mit Bestimmtheit nicht angeben konnte, und sich weigerte, bloße Vermuthungen mitzutheilen.

[Pforz., 3. Novr. [Beschlagnahme.] Heute Morgen wurde hier beim Kaufmann F... eine Sendung von 3 Kisten, enthaltend 140 Kavallerie-Säbel nebst Koppeln, welche zur Spedition nach Bialla bestimmt sein sollten, polizeilich mit Beslag belegt. Die Kisten wurden in Gegenwart des hiesigen Magistrats geöffnet und auf dem hiesigen Magistratsbüro eine Verhandlung darüber aufgenommen. Hr. F. ist Inhaber einer großen Handlung mit Eisenwaren, gehört zu den geachteten Bürgern unserer Stadt, und ist deshalb Federmann auf den Ausgang der Untersuchung gewählt.

Deutschland.

[München, 5. November. [Discont-Erhöhung.] Die hiesige Hypothekenbank hat heut den Discont für Wechsel auf 5 p.C. erhöht. Der Discont für Lombard ist auf 5 p.C. belassen worden.

[Hamburg, 5. November. [Der Senat.] Hamburgs hat nach der Ausweisung des Grafen Baudissin mehreren dort ansässigen Schleswig-Holsteinern eröffnet, daß ihnen auf hamburgischem Boden keinerlei Agitation zu Gunsten Schleswig-Holsteins gesetzet werden könne.

[Altona, 5. Nov. [Zur Bundesexecution.] Über die den königl. dänischen Beamten in Holstein in Betreff ihres Verhaltens im Falle des Einrückens deutscher Bundesstruppen aus Kopenhagen ertheilten Instructionen laufen noch immer verschiedene Versionen um. — Dem zum hannoverschen Civil-Commissioner bei den Bundesstruppen designirten Ernährer Rath v. Münchhausen soll der hannoversche Regierungs-Rath v. Warnstedt, der als früherer dänischer und schleswig-holsteinischer Beamter Land und Leute in Holstein sehr genau kennt, beigegeben werden.

Italien.

[Rom, 31. Okt. [Die Königin von Neapel.] Im Palast Farnese gingen im Laufe der Woche hochgestellte Personen öfter als sonst ein und aus. Man ist um die Königin von Neapel

Deutscher, Dr. Lauffig aus Österreich, zugezogen. Ihr Leiden ist jedenfalls kein bloß physisches; sie ist nicht gern in Rom oder doch wenigstens wider Willen in ihrer dermaligen Umgebung. (K. 3.)

Turin, 2. Nov. [Garibaldi. — Confiscation.] Ich kann heute günstige Nachrichten über Garibaldi mittheilen. In einem Briefe des Dr. Albanese lese ich:

Caprera, 30. Oktober.

Da bin ich wieder hier bei dem General, und freue mich, ihn fast vollständig geheilt wiederzufinden. Er beginnt, ohne Stütze zu geben, und wenn sein Fuß auch noch nicht die volle Freiheit der Bewegungen erlangt hat, so kann er dennoch doch frei und sicher gebrauchen. Bei meiner Ankunft ist er mir ohne Hilfe entgegengestellt. Sie werden Sich meine Rührung vorstellen. Ich habe den Zustand der Wunde von Neuem untersucht und muß gestehen, daß die seit zwei Monaten gemachten Fortschritte gewundenswert sind. Ohne zu irren, darf man getroft behaupten, daß der General im Frühjahr vollkommen frei und gesund werden wird.

Enrico Albanese.

Die Nummer der „Unita Italiana“ vom 2. Nov. ist auf Befehl des General-Procurators in der Druckerei und in den Büros mit Beschlag belebt worden, weil sich in derselben ein heftiger Ausfall Mazzini's gegen Napoleon III. befand. (K. 3.)

Frankreich.

Paris, 4. Nov. [Die Eröffnung der Sitzung der Kammern] findet morgen um 1 Uhr im großen Saale des Louvre sehr feierlich statt. Von den Tuilerien bis zum Pavillon Denon bilden die Nationalgarde und die kaiserliche Garde für die Passage Ihrer Majestäten und deren Gefolge Spalier. Die Mitglieder und Damen des diplomatischen Corps, die Cardinale, Minister, die Mitglieder des geheimen Rates, die Großkreuze der Ehrenlegion und deren Gemahlinnen, die Gemahlinnen der oberen Beamten der Krone, die nicht diensthürenden Offiziere der Häuser des Kaisers und der Kaiserin und der Prinzen und Prinzessinnen der kaiserlichen Familie und deren Gemahlinnen sind zu der Feierlichkeit eingeladen und begeben sich durch die Römischtürme nach dem Hofe des Louvre. Alle Einladeten müssen spätestens ein Viertel nach 12 Uhr an ihrer Stelle sein. Artilleriesalven kündigen den Anfang und das Ende der Ceremonie an.

Schweden.

Stockholm, 30. Okt. [Die Presse über die scandinavische Allianz.] „Aftonbladet“ bemüht sich neuerdings wieder Tag für Tag durch Leitartikel und andre Mittheilungen die Schweden für einen Krieg gegen Deutschland zu bearbeiten. An dem einen Tage hält das genannte Blatt seinen Lesern vor, daß fast alle deutschen zur Feier des 18. Oktober herausgegebenen Schriften die Schweden wegen ihres Verhaltens im Kriege von 1813 aufs schmählichste verunglimpfen; an dem andern Tage wieder sollen neue Windischgrätz und Haynau die dänischen Städte bombardiren und im Verein mit den holsteinischen Junkern jede Spur von Freiheit in Dänemark nieler treten wollen. Im letzten Artikel endlich scheint „Aftonbladet“ sich selbst übertreffen zu wollen, denn es beweist in denselben nichts Geringeres, als daß die ganze jüngste schleswig-holsteinische Bewegung im Interesse der russischen Politik und namentlich der russischen Erbprätenstion sei und deshalb auch von Russland so begünstigt werde. Man muß gestehen, daß diese Ideen jedenfalls das Verdienst der Neuheit und Originalität in Anspruch nehmen können. Da „Aftonbladet“ unter anderm auch die Behauptung aufgestellt hat, daß die Regierung beim Abschlusse eines Bündnisses nur einer Politik folge, welcher die Stände bereits früher ihre ausdrückliche Zustimmung gegeben hätten, so weiß „Nya Dagblatt Alledanda“ heute in einem Leitartikel nach, daß die Stände niemals einem vereinzelten activen Vorgehen Schwedens zu Gunsten Dänemarks irgendwie ihren Beifall bezeigt hätten. „Die Regierung“, fügt das genannte Blatt hinzu, „kann auch nicht ununterricht über die entschiedene Abneigung sein, welche innerhalb der Repräsentation gegen einen Krieg für Dänemark herrscht, insfern Schweden anders als gemeinsam und gleichzeitig mit andern Mächten seinen Tribut zur Lösung dieser beinahe unlösbar europäischen Frage leisten soll, und wir müssen deshalb noch immer annehmen, daß da weder irgend eine Berufung eines geheimen Ausschusses beauftragt worden, noch auch irgend etwas von einer bevorstehenden Einberufung eines außerordentlichen Storthing verlautet hat, die Regierung keineswegs so weit gegangen ist, wie die dänischen Zeitungen angeben.“

In der norwegischen Presse betämpfen ebenfalls die angefeindeten Blätter, so namentlich das verbreitetste dortige Organ „Morgenblad“, jedes einseitige Vorgehen zu Gunsten Dänemarks. Das genannte Blatt glaubt auch, daß im schwedischen Staatsrath wie im Reichstage einflussreiche Männer die Regierung zurückzuhalten bestrebt seien. In Norwegen sei jedenfalls der aufgeklärteste Theil der Nation entschieden dagegen, in einen Krieg mit Deutschland verwickelt zu werden. Es hieße die Pflichten eines Organs der öffentlichen Meinung verleugnen, wenn man verschweigen wollte, daß die Aussicht, in einen solchen Krieg verwickelt zu werden, bei den allermeisten Befürmern, bei vielen Misserfolgen ergebe. Unter den ungünstigen Verhältnissen, mit welchen Norwegen zu kämpfen habe, könne der ökonomische Zustand des Landes einen harten Stoß nicht ertragen, um so weniger, als man bereits seit langer Zeit unter ungünstigen Conjecturen zu leiden habe. — Noch bestimmter spricht sich das norweg. „Dagblad“ aus. Allerdings seien die meistern der Meinung, sagt es, daß Dänemark Recht habe, und man wünsche ihm deshalb auch glücklichen Erfolg; allein man habe sich hier weder genau mit den Verhältnissen bekannt gemacht, noch überhaupt der deutsch-dänischen Sache ein anderes oder größeres Interesse gewidmet als etwa dem polnischen Freiheitskampfe, der Vereinigung Italiens oder dem nordamerikanischen Bürgerkriege. Man würde sich daher täuschen, wenn man glauben sollte, daß das Volk die norwegischen und dänischen Interessen für identisch ansäße oder irgend einen Haß gegen Deutschland nähe. Viele der aufgeklärtesten und einflussreichsten Männer des Landes hielten vielmehr die Einigkeit zwischen Scandinavien und Deutschland für das beste Schutzwehr in einem möglichen Kampfe mit dem östlichen Nachbarn und erkennen mit Wohlwollen an, was man in Religion, Wissenschaft und Kunst Deutschland zu danken habe, weshalb sie denn auch die jetzt in Dänemark herrschende Partei als ein Hinderniß für das zukünftige Glück der germanischen Stämme ansäßen. Man dürfe auch annehmen, daß der norwegische Staatsrath seinen Einfluß geltend machen werde, um die Neutralität des Reiches so lange als möglich zu erhalten. Von dem jetzigen Staatsrathspräsidenten sei es eine bekannte Sache, daß er die auswärtige Politik des Königs Østar sowohl in der dänischen wie in der russischen Frage kräftig bekämpft und einer strengen Neutralität das Wort geredet habe. Die Nation sei deshalb berechtigt zu erwarten, daß er auch diesmal diese seine Ansichten mit aller Kraft vertheidigen werde, und dabei werde er sicher von seinen Landsleuten unterstützt werden. — In einem anderen Artikel führt das genannte Blatt aus, daß, wenn die Regierung, ohne ein außerordentliches Storthing einberufen und dessen Genehmigung eingeholt zu haben, das Bündnis abschließen und Norwegen in Krieg verwickeln sollte, das Storthing alsdann jede Bewilligung für diesen Zweck unbedingt verweigern müsse. (Magd. 3.)

Nußland.

Unruhen in Polen.

Warschau, 5. Nov. [Das Attentat auf General Trepow. — Die Bankbeamten.] Die gestern mit aller Bestimmtheit gemachte Angabe, daß Ammer, welcher das Attentat auf General Trepow versucht hat, gestorben sei, wird heute wieder in Frage gestellt, und nur soviel wird nicht geleugnet, daß er in Folge der Hiebe mit dem Beil, die er vom General erhalten hat, lebensgefährlich niedergeliegt. Man sagt, daß General Trepow sich viele Mühe geben will, um aus Veranlassung des Attentats auf sein Leben keine der rachdürfigen Acte folgen zu lassen, deren wir, zum großen Schaden des aufrichtigen Ansehens der Regierung, hier so oft gesehen haben. Trepow ist ein Mann in den besten Jahren und hat eine Zukunft vor sich, für welche er ganz natürlich sich dadurch möglich erhalten will, daß er seinen Namen nicht zu Thaten hergibt, welche ihn zum beständigen Gegenstande des Hasses machen müßten. — Die Grunertsche Condorei, durch welche einer der Helfer Ammers entflohen sein soll, ist noch geschlossen, Grunert selbst, sowie sein Personal und einige zufällig dagewesene Gäste sind noch in Untersuchungshaft, und in das Haus, in dem die Condorei sich befindet, das Blankische Palais, ist eine Militärabteilung gelegt, welche dasselbe kafenernaartig abgeschlossen hält. — Unsere Bank hat in Bezug auf ihr höchstes Personal folgende Veränderung erfahren: Anstatt des bisherigen Präses soll dieselbe von nun an einen Gouverneur erhalten, und das Institut von der Finanzcommission weniger abhängig gemacht werden. Zum Gouverneur ist der bisherige Präses Niefopicki, ein alter, abgelebter Mann gewählt worden; eine Wahl, die zu der Erwartung nicht berechtigt, daß die Wirksamkeit der Bank für das Land eine erträglichere, als bis jetzt sein wird. Zur Charakteristik der höchsten Bankbeamten diene folgende Mittheilung: Es hat sich in unserer, im Bankgebäude angebrachten Börse, der allerdings nicht lobenswerthe Gebrauch eingeschlägt, daß während der Börsenzzeit dort geräucht wird. Der Vicepräsident der Bank, Herr Szemiot, bekannt durch seinen Polizeiseiter, jedesmal an einem Galatauge den Haupteingang zur Börse schließen zu lassen, mag das Rauchen im Bankgebäude nicht gern gesehen haben, und er hatte nichts Besseres zu thun, als die Sache bei der Polizei anzugezeigen, und durch ihre Autorität das Rauchen durch Plakate im Börsenhaus polizeilich verbieten zu lassen. Die Börsenbesucher sind darüber aufgebracht, daß der Herr Vicepräsident die Polizei hier hineingezogen hat, wagen aber jetzt

beim Kriegszustand keine Opposition zu machen.

□ **Kalisch,** 6. Novbr. [Anfall auf die Post. — Niederlage der Insurgenten.] Gestern schrieb ich Ihnen über ein Ge- fecht, welches bei Cekow (nicht Czecanow) zwischen Polen und Russen stattgefunden hat; der Ausgang war folgender: Cekow, eine Poststation, ungefähr 2 Meilen von hier gelegen, hat seit Kurzem eine Besatzung, bestehend in einer Rote russ. Infanterie und 50 Mann Kosaken zu dem Behufe, um den Postverkehr zwischen hier und Warschau zu sichern. Trotzdem gelang es einer Abtheilung polnischer Gendarmerie unter Führung des Horowitzki in einer Anzahl von 65 Mann eine kurze Strecke hinter diesem Orte die Post wieder anzuholen; sie nahmen derselben sämtliche Effecten ab und entfernten sich damit in den in der Nähe liegenden Wald. Die Russen, von diesem Überfall benachrichtigt, setzten sofort den Polen nach und griffen sie an. Die Polen, welche einen so schnellen Angriff nicht erwarteten, konnten sich der großen Übermacht wegen nicht länger halten und versuchten zu entfliehen. Plötzlich sahen sie sich im Rücken von den 50 Mann Kosaken überfallen und erlitten auf diese Weise eine furchterliche Niederlage. Von den 65 Mann Polen blieben 21 Mann auf dem Kampfplatz liegen, 18 Mann wurden sehr schwer verwundet; 10 Mann und 8 leicht Verwundete brachte man gestern Abend hierher. Die Verluste der Russen belaufen sich auf 20 Mann Verwundete.

△ **Kattowitz,** 6. Novbr. [Das zweideutige Verfahren Österreichs gegen Polen.] Wie Österreich den Polen durch diplomatische Noten gewogen ist, und wie es zu Hause in Galizien verfährt, möge Ihnen Folgendes bemessen. Den 4. Novbr. war Revision im Hotel de Sare in Krakau; das Haus wurde mit Militär umstellt, durchreviert, 7 junge Menschen arretirt und aufs Schloß gebracht; Einer sprang durch ein Fenster zweiter Etage herab und entkam unverletzt. Überhaupt verfährt man in Krakau jetzt rücksichtsloser denn je; so wurde der Juwelier Fröhlich in Kr. wegen Mitfinanzen des Liebes Bože eos Poliske zu 100 Fl. und für das Schließen seines Ladens während dieser Zeit zu 40 Fl. gerichtlich verurtheilt. Nach einer durch das österreichische Grundgesetz vorgeschriebenen Ordre seitens der Staatsanwaltschaft frägt man nicht; Militär und Polizei handelt nach Willkür. Patrouillen gehen mehrfach die Straßen auf und ab, als wenn Krakau im Belagerungsstaande wäre; Revisionen bürgerlicher Häuser erfolgen täglich. — So sieht es in der Piazenstadt aus, welche mit 8000 Mann Militär besetzt ist. Kann man darnach glauben, daß Österreichs Regierung mit Polen sympathisiert?

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Unien, die Temperatur der Luft nach Ceaurum.	Barometer.	Auftemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter
Breslau, 6. Novbr. 10U. Ab.	334,21	0,8	WB. 2.	Heiter.
7. Novbr. 6 U. Mrg.	332,64	+1,0	W. 3.	Heiter.

Breslau, 7. Nov. [Wasserstand.] D.-P. 12 J. 10 B. U.-P. — J. 9 J.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 6. Nov., Nachm. 3 Uhr. Die Bproz. eröffnete zu 67, stieg auf 67, 10 und schloß in träger Haltung zur Notiz. Consols (Coup. dé a che) von Mittags 12 Uhr waren 91½ eingetroffen. Schluss-Course: 3 prozentige Rente 66, 90. Italien. 5proz. Rente 72, 80. Italien. neueste Anleihe —. 4proz. Spanier 51½. 4proz. Spanier —. Österr. Staats-Eisenbahn-Aktien 107, 50. Credit-Mobilier-Aktien 107, —. Lombardische Eisenbahn-Aktien 533, 75 ep. dét.

Hamburg, 6. Nov., Nachm. 3 Uhr. Türk. Consols 48%, Consols 91%. 4proz. Spanier 48%. Mexikaner 40%. 4proz. Russen 32. Neue Russen 89. Sardinier 89. Hamburg 3 Monat 13 Mt. 8½ Sch. Wien 11 Fl. 70 Kr.

Der Dampfer „City of Baltimore“ ist von New York mit 691,000 Dollars an Contanten in Cork eingetroffen.

Nach dem neuesten Banfausweise beträgt der Notenumlauf 22,040,970, der Metallvorwahl 13,799,428 Pfd. St.

Wien, 6. November, Nachm. 12 Uhr 30 Minuten. Glau. 5prozentige Metalloiques 74, 70. 4½proz. Metalloiques 66, 75. 1854er Loope 92, 50. Bant. Aktien 785, —. Nordbahn 163, —. National-Antlehen 80, 75. Credit-Aktien 183, —. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 181, 40. London 115, —. Hamburg 85, 20. Paris 45, 50. Gold —. Böhmisches Eisenbahn 155, —. Neue Loope 137, 25. 1860er Loope 94, 60. Lomb. Eisenbahn 248, —.

Frankfurt a. M., 6. November, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Die Börse eröffnete merklich niedriger, schloß fester, jedoch bedeutend schlechter als gestern. Böhmisches Eisenbahn 66. Simuländische Anleihe 86½. — Schluss-Course: Ludwigshafen-Berbad 141. Wiener Wechsel 101½. Darmst. Ant. —. Darmst. Bettel-Bank 250. 5proz. Metalloiques 56½. 1½prozentige Metalloiques 78%. 1854er Loope 78%. Österreicherische National-Anleihe 68%. Österr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 186. Österreicherische Banantheile 800. Österreicher. Credit-Aktien 183%. Neuerte Österreicherische Anleihe 83½. Österr. Elisabethbahn 117. Rhein-Nahebahn 27%.

Hamburg, 6. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Lebhafte Umsatz bei schwankenden Coursen. Zinn. Anleihe nominell. Valuten und Discontwechsel

sel wenig angeboten, daher Discont unverändert, nominell. Wetter fühlstürmisch und regnerisch. Schluss-Course: National-Antlehe 70. Österr. Credit-Aktien 78%. Vereinsbank 104½ B. Nordb. Bank 103½. Rheinstadt 96. Nordbahn 59. Disconto 25. Wien 88, 25. Petersburg 31%.

Hamburg, 6. Nov. [Getreidemarkt] unverändert, nur Roggen loco 1—2 Thlr. niedriger. Königsberg Frühjahr soll 58% bezahlt und zu 60—59 offeriert sein. Del. loco und pr. November 24%, pr. Mai 24%. Kaffee ohne größere Umläufe. Zucker fest. Es sollen französische Ordres am Markt sein. Zink geschäftslos, verkaufte loco 500 Ctr. zu 11½, 1000 Ctr. zu 11½.

Liverpool, 6. Novbr. Baumwolle 5,000 Ballen Umlauf.

London, 6. November. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen unverändert, in fremdem nur Detailgeschäft. Wetter schön.

Amsterdam, 6. November. Getreidemarkt (Schlußbericht). Terminus-Roggen stark gestiegen; sonst fester, aber stille. Raps November 66, April 68%. Rübbel Nov. 37%, April 37%.

Berliner Börse vom 6. November 1863.

Fonds- und Gold-Course.	Eisenbahn-Stamm-Aktionen.
Freib. Staats-Anl. 14½ 100½ bz.	Dividende pro 1861 1862 Zt.
Staats-Anl. von 1859 52 104½ bz.	Aachen-Düsseldorf 3½ 3½ 3½ 94½ bz.
dito 1850 52 96½ B.	Aachen-Mastricht 0 0 4 27 bz.
dito 1854 52 100½ bz.	Amsterd.-Rott. 5½ 6 106 etw. br. u. B.
dito 1855 52 100½ bz.	Berg.-Märkisch 6½ 6½ 100 bz.
dito 1856 52 100½ bz.	Berlin-Anhalt 8½ 8½ 152½ bz.
dito 1857 52 100½ bz.	Berlin-Hamburg 6 6 120½ bz.
dito 1858 52 96½ B.	Berl.-Potsd.-Mg. 11 14 186 bz.
dito 1859 52 96½ B.	Berlin-Stettin 7½ 7½ 130½ bz.
dito 1860 52 89 bz.	Böhmen-Westb. 5 5 67½ bz.
Präm. Anl. von 1855 52 120 bz.	Breslau-Freib. 6½ 8 133½ bz.
Berliner Stadt-Obl. 14½	Cöln-Minden 12½ 12½ 15½ bz.
Kur. u. Neumärk. 34½ 89 bz.	Cösl.-Oderberg 0 0 53½ à 5½ bz.
Pommersche 34½ 89½ B.	Cösl.-Oderberg 0 0 53½ à 5½ bz.
Posenische 34½ 89½ B.	dito ditto
dito 34½ 89½ B.	Ludwigs.-Bexb. 8 8 141 B.
dito neue 34½ 95 B.	Magd.-Halberst. 22½ 23½ bz.
Schlesische 34½ 91½ bz.	Magd.-Leipzig 17 17 bz.
Kur. u. Neumärk. 4 97½ B.	Magd.-Wittenbg. 1½ 1½ bz.
Pommersche 4 96½ B.	Mainz-Ludwigsb. 7½ 7½ à 125 bz.
Preussische 4 96½ B.	Mecklenb. 2½ 2½ bz.
Westph. u. Rhein. 4 97½ B.	Neisse-Brieger. 4 4 60 bz.
Sächsische 4 97½ B.	Niederschl.-Mark. 4 4 60 bz.
Sch	